

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 11

Artikel: Zurück in die Zukunft
Autor: Vesper, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092895>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Reinhard Veser zur Präsidentenwahl in Weissrussland

Zurück in die Zukunft

Als «einziger ernstzunehmender Kandidat» wurde Ministerpräsident Wjatschaslau Kebitsch vor den Präsidentenwahlen in Weissrussland von den ihm ergebenden Massenmedien der Bevölkerung präsentiert – vom staatlichen Radio und Fernsehen ebenso wie von der Mehrzahl der überwiegend noch in Staatsbesitz befindlichen Zeitungen. Diejenigen Redaktionen, die – wie die des populären Radiosenders «Beloruskaja molodjoshnaja» – die Vorliebe für Kebitsch nicht teilen mochten, wurden durch «Reorganisation» auf Kurs gebracht. Am Ende hat das dem «ernstzunehmenden Kandidaten» allerdings nichts genützt: Er war nicht einmal mehr ein ernstzunehmender Gegner des Wahlsiegers Aljaksandr Lukaschenka, der im zweiten Wahlgang 81 % der Stimmen erhielt und nun der erste Präsident der Republik Weissrussland wird.

Was wie eine Abwahl der alten Garde der kommunistischen Nomenklatura aussieht, für die Kebitsch steht, und vom Volk vermutlich auch so gemeint war, scheint nur das Ergebnis eines Machtkampfes und Generationenwechsels in der alten Führungsschicht zu sein. Im Wahlkampf unterschieden sich Kebitsch und Lukaschenka mehr durch die Form als durch den Inhalt.

Populist kontra Apparatschik

«Ich glaube an den Menschen – den Arbeiter!» liess der Ministerpräsident von der Parlamentszeitung «Swjasda» in grossen Lettern sein politisches Credo verkünden. Doch mit solchen Parolen aus der kommunistischen Mottenkiste ist selbst im konservativen Weissrussland kein Blumentopf mehr zu gewinnen. Auch der Versuch, sich und seine Umgebung als Verkörperung wirtschaftlicher und politischer Kompetenz und Solidität zu verkaufen und alle Konkurrenten als gefährliche Abenteurer darzustellen, konnte in Anbetracht der weissrussischen Realitäten aus dem Munde des Regierungschefs kaum glaubwürdig wirken.

Ganz anders dagegen wirkte das Auftreten von Aljaksandr Lukaschenka, der lautstark und aggressiv gegen die Mafia und die allgegenwärtige Korruption wet-

terte und sich mit Gespür für wirkungsvolle Selbstinszenierung zu einer Art modernem Robin Hood stilisierte, indem er mit seinen Anklagen auch vor Kebitsch und dem Parlamentsvorsitzenden Mjatscheslau Hryb nicht haltmachte. In heftigen Angriffen auf alle Reichen suggerierte er, dass der Wohlstand der Staatsfunktionäre genauso wie der der neuen Oberschicht aus trüben Quellen stammen müsse – und kam damit an bei einer Bevölkerung, für deren grosse Mehrheit die einzige Sicherheit darin besteht, dass das Leben am nächsten Tag noch schwieriger sein wird als am vorangegangenen.

Engere Bindung an Moskau

Programmatisch unterscheiden sich Kebitsch und Lukaschenka allerdings kaum: Beide treten für eine enge wirtschaftliche, politische und militärische Zusammenarbeit Weissrusslands mit Russland ein, die dem Land Sicherheit und einen relativen Wohlstand bringen soll. Kebitsch betonte in allen Wahlkampfauftritten die Bedeutung des von ihm im April unterschriebenen Abkommens über eine Vereinigung der beiden Währungssysteme als wichtigen Schritt zur Konsolidierung der weissrussischen Wirtschaft, deren Zerfall erst begonnen habe, als nach dem Ende der Sowjetunion die Bande zu Russland abgerissen seien.

Ein eigenes Reformprogramm für die Wirtschaft haben beide allenfalls in Ansätzen, wobei Lukaschenka noch populistischer als Kebitsch ist: Er will die galoppierende Inflation durch Subventionen für Lebensmittel und kommunale Dienstleistungen stoppen.

Gemeinsam ist Kebitsch und Lukaschenka auch die politische Herkunft aus der früheren kommunistischen Nomenklatura. Daher scheint es fraglich, ob der neue Präsident seinen starken Worten gegen den herrschenden Filz, dem er selbst entstammt, auch die angekündigten Taten folgen lassen wird. Es ist zwar nicht unwahrscheinlich, dass einige hochgestellte Personen ihre Ämter unter dem Vorwurf der Korruption verlieren werden, aber sollte es dazu kommen, wird dies eher das Ergebnis eines

Was wie eine Abwahl der alten Garde der kommunistischen Nomenklatura aussieht, scheint nur das Ergebnis eines Machtkampfes und Generationenwechsels in der alten Führungsschicht zu sein.

Machtkampfes innerhalb der Nomenklatura als Strafe für Missetaten sein, denn vieles deutet darauf hin, dass die Antikorruptionskampagne für Lukaschenka nur Mittel zum Zweck der Förderung der eigenen Karriere ist.

Seine Popularität begann mit seiner Tätigkeit als Vorsitzender des Antikorruptionsausschusses des weissrussischen Obersten Sowjets, der im Frühjahr aufgelöst wurde. Erst als sich danach kein ähnlich publikumswirksamer Posten für ihn fand, begann er, auch die oberste Ebene der Macht mit Vorwürfen zu überziehen, was zeitlich ungefähr mit dem April zusammenfiel.

Persönliche Verunglimpfungen

Die Umgebung von Kebitsch reagierte auf den Herausforderer aus dem eigenen Lager anfangs, indem sie ihn mit einem gelassenen Wohlwollen betrachtete. Es sei nicht ausgeschlossen, dass Lukaschenka unter einem Präsidenten Kebitsch einen wichtigen Posten in der Regierung einnehmen könne, verkündete ein Sprecher des Ministerpräsidenten im Fernsehen, was einen Kommentator der oppositionellen Wochenzeitung «Litaratura i Mastactva» vermuten liess, die Kandidatur Lukaschenkas sei nur ein taktisches Manöver, um die Stimmen Unzufriedener weg von der Opposition auf einen Kandidaten des Establishments zu lenken.

Als im Laufe des Wahlkampfes aber immer deutlicher wurde, dass die eigentliche Gefahr für Kebitsch nicht von einem der beiden Kandidaten des demokratischen Lagers ausging, begann zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Saubermann eine Schlammenschlacht, die den Wahlkampf zur Posse werden liess.

Da es im Programm kaum Unterschiede gab, sollte Lukaschenka moralisch diskreditiert werden: Er sei nicht nur ein Säuer und ebenso hemmungs- wie prinzipienloser Karrierist, sondern auch ein Dieb, der einer Stewardess beim Flug einer Parlamentsdelegation nach Chile einen Schokoladeriegel gestohlen habe,

Programmatisch unterscheiden sich Kebitsch und Lukaschenka kaum: Beide treten für eine enge wirtschaftliche, politische und militärische Zusammenarbeit Weissrusslands mit Russland ein.

Fortsetzung Seite 4

wurde im weissrussischen Fernsehen berichtet. Der eines solchen Verbrechens Beschuldigte dagegen trat in der Woche vor dem ersten Wahlgang mit der Behauptung vor die Öffentlichkeit, seine politischen und kriminellen Gegner (beides ist in seinen Augen fast das gleiche) trachteten ihm nach dem Leben: Bei der Heimfahrt von einem Wahlkampfauftritt sei sein Auto aus einem schnell fahrenden Mercedes heraus mehrfach beschossen worden, eine Kugel habe ihn nur knapp verfehlt. Die Polizei war allerdings der Ansicht, die Art der Einschüsse in Lukaschenkas Wagen deute auf ein vom vermeintlichen Opfer selbst inszeniertes Attentat hin.

Kaum Chancen für Demokraten

Weniger spektakulären, dafür aber glaubhafteren Behinderungen waren die Kandidaten der demokratischen Opposition, der im Januar gestürzte Parlamentspräsident Stanislaw Schuschkewitsch und der Führer der Weissrussischen Volksfront (BNF), Sjanon Pasnjak, während ihres Wahlkampfes ausgesetzt. So berichtete die Initiativgruppe Schuschkewitschs, die die für eine Kandidatur nötigen 100 000 Unterschriften sammelte, von zahlreichen Schikanen durch örtliche Behörden, die gleichzeitig Kebitschs Unterschriftensammlern jede erdenkliche Hilfe zuteil werden liessen.

Der Misserfolg der demokratischen Kandidaten ist aber nicht in erster Linie darauf zurückzuführen. Die Bestrebungen der Opposition, die nationale Souveränität zu stärken, erfreuen sich in der stark russifizierten weissrussischen Bevölkerung keiner grossen Popularität, da die Unabhängigkeit vielfach mit dem wirtschaftlichen Niedergang der letzten Jahre verbunden wird.

Beide Oppositionskandidaten stellten den Widerstand gegen die Währungsunion mit Russland in den Mittelpunkt des Wahlkampfes, da sie den Anfang vom Ende des unabhängigen weissrussischen Staates bedeute und zudem wirtschaftlich unsinnig sei. Laut Umfragen befürworten aber fast zwei Drittel der Bevölkerung die Währungsunion mit Russland.

Hinzu kommt, dass die BNF, die grösste oppositionelle Organisation, es durch ihr eiferndes, oft intolerant und rechthaberisch wirkendes Auftreten ihren Gegnern leicht macht, sie als engstirnige Nationalisten darzustellen. Im Umfeld der Volksfront existieren extrem nationalistische Gruppierungen, die litauische, polnische und russische Gebiete für Weissrussland beanspruchen, und auch die BNF selbst distanziiert sich von solchen Ideen nicht eindeutig. Vor allem aber die tatsächliche oder unterstellte

antirussische Haltung der Organisation schadet ihrer Popularität. Ihr Führer Pasnjak hat zwar vor allem in den Städten eine feste Gefolgschaft, doch in weiten Kreisen der Bevölkerung weckt er durch seine Kompromisslosigkeit eher Furcht als Sympathie.

Der gemässigter wirkende Schuschkewitsch, der im Gegensatz zu Pasnjak stärker Demokratie und Markt als nationale Werte betont, könnte auf breitere Bevölkerungskreise integrierend wirken, wenn er nicht für einige Misereen mitverantwortlich gemacht würde. In seiner Funktion als Parlamentspräsident war er bis Januar formal der mächtigste Mann im Staate. Tatsächlich jedoch waren seine Einflussmöglichkeiten sehr begrenzt, da die Regierung Kebitsch und der Oberste Sowjet Weissrusslands von mehr oder weniger gewendeten Kommunisten beherrscht wurden, gegen die er schon vor seinem Sturz im Januar immer wieder in entscheidenden Fragen Niederlagen hinnehmen musste. Jetzt muss Schuschkewitsch als Buhmann für die Folgen einer Politik herhalten, gegen die er Widerstand zu leisten versucht hatte.

Dass er sich so lange mit einem ihm feindlich gesonnenen Parlament herum-schlagen musste, hat sich Schuschkewitsch zum Teil allerdings selbst zuzuschreiben, denn im Herbst 1992 stellte er sich gemeinsam mit der reaktionären Parlamentsmehrheit gegen die von einer halben Million Unterschriften getragene Forderung der Volksfront nach einem Volksbegehren über vorgezogene Parlamentswahlen, da er die politische Stabilität des Landes gefährdet sah.

Damit handelte er sich zusätzlich zur Feindschaft der alten Kader auch die der Volksfront ein. Doch seit seiner Absetzung im Januar und den darauffolgenden Protesten der Opposition zeichnet sich wieder eine Annäherung ab. Bei einer Wahlveranstaltung in Vitebsk gefragt, wie er es denn mit der BNF halte, antwortete Schuschkewitsch, deren Radikalismus sei eher annehmbar als die reaktionäre Haltung der Regierung.

Deren Wirtschaftspolitik verglich er mit der Verabreichung einer tödlichen Dosis an einen Drogensüchtigen. Mit diesem Bild könnte er recht behalten. Die Regierung hat zwar gewechselt, doch auch Lukaschenka will der Krise mit den Arzneien zu Leibe rücken, die die Krankheit verursacht haben: Staatseigentum, Preiskontrolle und Subventionen.

Unsichere Zukunft

Daher sieht Russland das weissrussische Anlehnungsbedürfnis durchaus mit gemischten Gefühlen. Einerseits wird die russische Position gestärkt, andererseits

Die Bestrebungen der Opposition, die nationale Souveränität zu stärken, erfreuen sich in der stark russifizierten weissrussischen Bevölkerung keiner grossen Popularität, da die Unabhängigkeit vielfach mit dem wirtschaftlichen Niedergang der letzten Jahre verbunden wird.

Russland sieht das weissrussische Anlehnungsbedürfnis mit gemischten Gefühlen: Einerseits wird die russische Position gestärkt, andererseits werden negative Rückwirkungen auf den politischen und wirtschaftlichen Reformprozess befürchtet.

Dass Moskau trotz der möglichen Kosten an der Währungsunion festhält, hat vermutlich politische Gründe.

werden bei einer engen Verbindung mit Weissrussland negative Rückwirkungen auf den politischen und wirtschaftlichen Reformprozess befürchtet. Durch den in Weissrussland sehr mächtigen und reformfeindlichen militärisch-industriellen Komplex könnte, so fürchtet man, auch in Russland der Einfluss dieser Kräfte noch weiter steigen.

Russlands Demokraten blicken nach den Wahlen mit Schrecken zum kleinen Nachbarn. Lukaschenka werde nicht umsonst mit Schirinowskij verglichen, schrieb die «Literaturnaja Gaseta» nach dem ersten Wahlgang, ihre Wähler seien die gleichen. In Russland und Weissrussland verschlechtere sich das Leben gleichermaßen, in beiden Ländern nehme der Hass in der Gesellschaft zu, und das, was in Weissrussland geschehen sei, könne morgen in Russland noch verstärkt geschehen.

Nach Ansicht von Jegor Gaidar sind durch die geplante russisch-weissrussische Währungsunion auch die ersten kleinen Erfolge der Wirtschaftsreformen in Gefahr: Sollte sie in der vorgesehenen Form Wirklichkeit werden, würde auch in Russland die Inflationsrate wieder kräftig angeheizt, da die weissrussische Übergangswährung im Verhältnis eins zu eins zum Rubel getauscht werden soll, obwohl das tatsächliche Verhältnis eins zu elf beträgt.

Dass die Regierung in Moskau trotz der möglichen Kosten an der Währungsunion festhält, hat vermutlich politische Gründe. Eine Rückkehr Weissrusslands zum Rubel könnte der Beginn einer Reintegration der Rubelzone sein. Ausserdem hat Weissrussland als westlicher Vorposten der russischen Armee grosse strategische Bedeutung. Im Abkommen über die Währungsunion wurde festgeschrieben, dass Russland für seine ungefähr 50 Militärbasen dort keine Miete und keine Steuern bezahlen muss.

Die politischen und wirtschaftlichen Strukturen Weissrusslands werden sich unter dem neuen Präsidenten kaum ändern. Dennoch gibt es viele Ungewissheiten über die weitere Entwicklung. Niemand weiss, wie tief der Graben zwischen der alten und der jungen Garde der Nomenklatura wirklich ist, ob sie sich nach den Wahlen auf eine Verteilung von Macht und Pfünden einigen können, oder ob die eigentlichen Machtkämpfe jetzt erst beginnen.

Sicher ist nur eines: In Richtung Demokratie wird Lukaschenkas Weg nicht führen. Sollte er die ganzen fünf Jahre bis zur nächsten Präsidentenwahl im Amt bleiben, ist es wahrscheinlich, dass die Weissrussen von den Medien wieder einen «einzigen ernstzunehmenden Kandidaten» präsentiert bekommen. ■